

Kristallisationskerne für das Gemeinwesen: zur Bedeutung lokaler Kulturprojekte

Ausgangslage: Krise des demokratischen Gemeinwesens

Es hilft ja nichts, darum herumzureden! Unsere Demokratie befindet sich seit Jahren in einer hartnäckigen und anhaltenden Krise. Zwar lässt sich trefflich über Ausmaß und Ernsthaftigkeit dieser Krise streiten. Aber *dass* etwas im Argen liegt mit dem demokratischen Gemeinwesen in Deutschland, das lässt sich mit Gründen eigentlich kaum noch leugnen. Einer ins Extreme gesteigerten Dominanz des Ökonomischen steht eine ausgeprägte Handlungsunfähigkeit bzw. Hilflosigkeit der verfassten Politik entgegen – dies in dem Sinne, dass es seitens der Akteure (natürlich mit Ausnahmen!) seit Längerem keine Versuche mehr gibt, grundlegende Alternativen zum ökonomischen Imperativ unserer Zeit zu formulieren. Alle politischen Strategien gehen wie selbstverständlich davon aus, dass 'Standortfragen' stets zentrale Bedeutung haben müssen. Im Grunde ist das wirtschaftsliberale Credo „Was gut für die Wirtschaft ist, ist gut für das Gemeinwesen“ weitestgehend und kritiklos akzeptiert worden. Das Primat der Politik wurde – allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz – längst aufgegeben.

Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft

Aus dieser Entwicklung, die sich über die letzten 25 Jahre erstreckt, resultiert eine starke Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft. Politik und Gesellschaft (genauer: Bürgergesellschaft) sind Handlungszusammenhänge, die eigentlich eng ineinandergreifen müssten, denn demokratische Politik ist auf normative gesellschaftliche Impulse ebenso angewiesen wie die Gesellschaft auf funktionierende politische Strukturen der Meinungs- und Entscheidungsfindung. Doch laufen die Sektoren Staat und (Bürger-)Gesellschaft immer mehr gegeneinander oder aneinander vorbei.

Niedergang lokaler Strukturen

Eine zweite Folge der Krise ist der Niedergang lokaler Strukturen durch die massive Finanzkrise der Kommunen. Die Kommunen in Deutschland kämpfen mit stark schwankenden Steuereinnahmen und immer neuen Aufgaben, die ihnen (ohne Einhaltung des Konnexitätsprinzips) von Bund und Ländern „übergeholfen“ werden. Die Verschuldung der kommunalen Haushalte betrug allein im Jahr 2010 elf Milliarden Euro. Alles, was über gesetzlich festgelegte Pflichtaufgaben hinaus geht, ist vor diesem Hintergrund in den meisten Städten und Gemeinden nicht mehr finanzierbar oder steht ständig im Fokus von Haushaltsdebatten. Die Kultur- und Bildungsland-

schaft trifft das besonders hart: Volkshochschulen, Museen, Stadttheater und Bibliotheken stehen „im Land der Dichter und Denker“ schon seit Langem zur Disposition! Noch ärger ist die freie Kulturszene betroffen, also jener innovative Bereich, in dem viele Kreative an den Grenzen zur Selbstaussbeutung und darüber hinaus mit sehr wenig Geld viel bewegen und anstoßen können. Dabei geht es häufig um Beträge von 1000 Euro oder weniger. Dass es oft nicht möglich ist, einem Projekt 1000 Euro zu geben, zeigt das ganze traurige Ausmaß der Finanzkrise. Insgesamt lässt sich eine massive Erosion der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement diagnostizieren. Dies betrifft die Kultur in besonderem Maße. Kulturelle Institutionen, Förderpöfpe und Fonds, aber auch Atelier-, Ausstellungs- und Probenräume stehen auf der Kw-Liste von Haushaltsdebatten.

Nichtsdestotrotz gibt es eine ungeahnte Fülle von kulturellen Aktivitäten. Die Kreativität von Menschen trotz der allfälligen Krise! Das bürgerschaftliche Engagement in der Kultur macht vieles möglich, was unmöglich scheint: Freie Theater entstehen immer wieder neu, Festivals, Kultursommer, 'Transmedialen' und lokale Museen halten sich irgendwie über Wasser, Kirchen und denkmalgeschützte Orte werden vor dem Verfall bewahrt usw. Was ist nun Rolle und Funktion dieser zahlreichen und sehr disparaten Projekte?

Es gibt eine pessimistische Interpretation: Die zehntausend- und hunderttausendfach im ganzen Land verstreuten Projekte und Initiativen sind im Grunde Ausfallbürgen für eine absterbende lokale Infrastruktur. Und die Leute, die sich engagieren, sind die Helden des Alltags, die versuchen, das Gemeinwesen vor dem endgültigen Niedergang zu bewahren – doch das mit sehr schwachen Erfolgen, also mit letztlich kaum gesellschaftlicher Wirkung. Dieser pessimistischen Sichtweise muss man sich ernsthaft stellen, wenn man nicht im Wolkenkuckucksheim des Aristophanes verweilen will.

Neuerfindung des Gemeinwesens durch Kultur?

Freilich gibt es auch eine optimistische Interpretation: Die tausendfach vorhandenen Initiativen vor Ort bilden Kristallisationskerne für eine Neuerfindung des Gemeinwesens. In dieser Sichtweise markiert das lokale bürgerschaftliche Engagement in der Kultur eine neue gesellschaftliche Aneignung lokaler Strukturen. Diese selbstbewusste Aneignung wäre dann die Keimzelle für die Wiederbelebung des demokratischen Gemeinwesens. Das Engagement der Einzelnen vor Ort ist notwendiger Bestandteil einer Vitalisierung der Demokratie, und die Kultur könnte ihre Vorreiterin sein. Denn Kultur ist immer schon die Sphäre des Experimentellen und Neuen. Innovationen für das Gemeinwesen durch Kultur – so könnte das Stadterneuerungsmotto der anderen Art lauten, und es läge ein besonderer Reiz darin, Ideen und Projekte aus der noch viel notleidenderen kommunalen Landschaft der östlichen Länder in den Westen der Republik zu exportieren.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Wenn man der optimistischen Interpretation folgen möchte – und in Wirklichkeit bleibt ja (Hand aufs Herz!) nichts anderes übrig - dann könnte als Zielvorstellung und Vision ein Ausbau der bürgerschaftlichen Kristallisationskerne vor Ort zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft führen. Die Kreativität von Akteuren, die nicht auf bessere Zeiten warten, sondern hier und heute handeln wollen, könnte zu neuen demokratischen Aushandlungsverhältnissen beim Erhalt und bei der zukunftssträchtigen Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens in der Kommune führen.

Das berührt in massiver Weise das *Selbstverständnis des Staates*, der sich vom *pater familias* zum Kooperationspartner für zivilgesellschaftliche Strukturen wandeln müsste. Eigentlich liegt das auf der Hand: Die Bürgergesellschaft als Gemeinschaft der Staatsbürger darf sich ihren Staat „aussuchen“. Nicht der Staat ist die führende Instanz der Gesellschaft, sondern die aktive Bürgergesellschaft gestaltet sich einen Staat nach freiheitlichen und demokratischen Kriterien. Kooperative Demokratie würde dann bedeuten: Die, die engagiert sind, verstehen sich als Teil dieses demokratischen Gemeinwesens und haben auch Mitspracherechte und müssen demokratisch angebunden werden. In den Kommunen gibt es dazu bereits heute viele Ansätze: runde Tische, Bürgerforen, Kommunikationsplattformen und weitere neue Aushandlungsverhältnisse. In diesen Kontexten müsste die Kultur eine stärkere Rolle spielen. Kulturprojekte sind, wenn sie von unten kommen, eine Art experimentelle Aneignung des Gemeinwesens, was man etwa bei der Stadterneuerung und der Sozialen Stadt (Quartiersmanagement usw.) gut beobachten kann.

Im Dreiklang der Sektoren spielt natürlich auch die *Wirtschaft* eine wichtige Rolle. Spätestens seit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise stehen Wirtschaftsakteure und -unternehmen vor der Aufgabe, eine neue Verantwortung fürs Gemeinwesen zu übernehmen. Das ist kein weiches, sondern ein hartes ordnungspolitisches Thema. Es geht darum, wie viel Steuern Unternehmen zahlen und wie viele Beiträge sie zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Und es geht auch darum, ob sie eigentlich wirklich in der Lage und willens sind, Partnerschaften mit bürgerschaftlichen Akteuren einzugehen. Also nicht nur Geld geben, weil man Geld verdient und ein gutes Image braucht, sondern neue Wege des gesellschaftlichen Engagements suchen, die auch die Art und Weise einschließt, wie man Geld verdient.

Doch nicht nur Staat und Wirtschaft stehen vor ihrer Neuerfindung, dasselbe gilt auch für die *Bürgergesellschaft* und das bürgerschaftliche Engagement selbst. Was machen wir eigentlich mit der Bürgergesellschaft in Gegenden, wo es gar keine Bürger mehr gibt? Es geht darum, die Figur des Bürgers neu zu erfinden, denn wir kommen nicht ohne aus. Der Staatsbürger, die Staatsbürgerin, also das Kernelement des demokratischen Gemeinwesens, kann sich nicht mehr definieren über Besitz und Habitus – das wären gewissermaßen die alten Merkmale von Bürgertum und Bür-

gersein. Es kommt vielmehr darauf an, den Bürgerstatus neu zu erfinden. Und das kann eigentlich nur entlang gemeinsam geteilter, demokratischer Grundüberzeugungen funktionieren. Das rechtfertigt und motiviert Engagement. Und hier hätte man dann eine neue Idee vom Bürger als zentralem Element des demokratischen Gemeinwesens, der nicht Gesetze befolgt, die von oben kommen, sondern der sich als Teil dieses Regelungszusammenhangs sieht. Die Frage, wie man etwas regelt, wie man Dinge vor Ort regelt, entsteht aus dem Engagement. Es ist ein hochwillkommener Nebeneffekt von Engagement, dass es viele gute Ideen produziert, oft aus der Not heraus geboren.

Fazit

Die aktuelle Lage bietet wenig Anlass zum Optimismus. Aber gleichzeitig ist es eben so, dass wir als Menschen ohne Optimismus eigentlich nicht leben können. Wir brauchen eine positive Perspektive, weil wir sonst gar keine Schaffenskraft und Motivation hätten. Vielleicht könnte das bürgerschaftliche Engagement gerade in der Kultur, die ja der experimentellste Teil dieses Komplexes ist, vielleicht könnte das bürgerschaftliche Engagement so etwas wie eine neue Dimension der Aneignung von Gemeinwesen aufzeigen. Es findet immer lokal statt. Die Projekte sind immer eng an Orte, oft an sehr kleine Orte geknüpft. Aber es braucht auf jeden Fall gesamtgesellschaftliche Visionen. Auf Dauer werden wir gezwungen sein, so etwas wie ein neues, kollektives Leitbild zu entwickeln. Die Kultur muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Dr. Serge Embacher ist Politikwissenschaftler und Publizist und war bis Ende 2010 Leiter der Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim BBE

Kontakt: info@serge-embacher.de